Berlin, 7. Januar 2008 011/08

Mitteilung für die Presse

Beschluss des SPD-Parteivorstandes: Wachstum für Deutschland

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Jahresauftaktklausur am 7. Januar 2008 in Hannover folgenden Beschluss gefasst:

Unser Land zukunftsfähig machen

In 2006 hatten wir mit 2,9% und voraussichtlich in 2007 mit über 2,5% ein kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer anziehenden Binnenkonjunktur. Hunderttausende von Menschen haben neue Arbeit gefunden. Es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen sind gestiegen. Fachkräfte werden gesucht. Nach Jahren einer zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften ermöglichen die Tarifabschlüsse in wichtigen Branchen wieder spürbare Lohnzuwächse.

Deutschland ist auf einem guten Kurs. Doch nicht alle Menschen in unserem Land haben bislang im Aufschwung gewonnen. Vielen fehlt das Vertrauen, dass das gegenwärtige Wachstum zu einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebensumstände führt.

Unsere Aufgabe ist es, das Vertrauen in die gute wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Wir wollen, dass mehr Menschen die Chance bekommen, durch eigene Leistung zum Wohlstandszuwachs beizutragen und an ihm teilzuhaben. Das ist sozial gerecht. Und es vergrößert das langfristige Wachstumspotenzial unseres Landes.

Wir wollen mehr Wachstum für Deutschland. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist der Schlüssel zur Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben:

- Nachhaltiges Wachstum bringt mehr und sichere Arbeitsplätze. Qualitätsproduktion und gute Arbeit machen unser Land zukunftsfähig.
- Nachhaltiges Wachstum setzt auf technischen Fortschritt. Dabei ist eines unserer wichtigsten Ziele eine sichere, saubere, effizient genutzte und bezahlbare Energieversorgung.
- Nachhaltiges Wachstum braucht solide öffentliche Haushalte, die den Spielraum für Zukunftsinvestitionen erweitern.

.../2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Parteivorstand
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991-300, Fax (030) 25991-507
Herausgeber: Hubertus Heil
Redaktion: Lars Kühn
e-mail: pressestelle@spd.de
Internet: http://www.spd.de

- Nachhaltiges Wachstum erfordert mehr private und öffentliche Investitionen in Betreuung, Infrastruktur, Wissenschaft, Forschung und Bildung.
- Nachhaltiges Wachstum braucht eine höhere Erwerbsbeteiligung. Sie ist auch notwendig, um soziale Sicherheit in einer Gesellschaft des längeren Lebens dauerhaft stabil zu finanzieren.

Die deutsche Wirtschaft ist wie keine andere eines großen Industrielandes mit der Weltwirtschaft verflochten: rund 40 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften wir im Austausch mit dem Ausland. Wir wollen die Menschen auf die Herausforderungen eines durch globalen Wettbewerb geprägten Alltags durch bessere Bildung von Anfang an gut vorbereiten. Zugleich setzen wir uns für klare Regeln, soziale und ökologische Rahmensetzungen und mehr Transparenz auf den internationalen Märkten ein. Mit ökologischer Ordnungspolitik wollen wir das Wachstum auf den wichtigen Leitmärkten für Energie- und Umwelttechnik fördern. Wir wollen gute Regeln für die Finanzmärkte, die für mehr Rechtssicherheit für Anleger sorgen, langfristige Investitions- und Innovationsstrategien begünstigen und auch kleineren und mittleren Unternehmen Sicherheiten bieten. Wir haben Nachholbedarf im Dienstleistungssektor besonders bei den Diensten vom Menschen am Menschen, den wir aufholen wollen. Wenn uns das gelingt, erhöhen wir damit nicht nur die Lebensqualität in Deutschland, sondern erschließen zugleich Wachstumsreserven, die zu mehr und sicherer Beschäftigung führen können.

Nachhaltiges Wachstum für eine Gesellschaft des längeren Lebens

Nach gegenwärtigen Prognosen führt der demografische Wandel dazu, dass die Bevölkerungszahl von heute rund 82 Millionen Menschen auf 65 bis 70 Millionen in 2050 sinkt. Dabei ist berücksichtigt, dass Deutschland Einwanderer aus anderen Ländern weiterhin aufnimmt. Gleichzeitig leben die Menschen deutlich länger. Statistisch könnte jedes zweite Mädchen, das heute geboren wird, 100 Jahre alt und jeder zweite Junge 95 Jahre werden. Die Deutschen können in Zukunft rund 30 Jahre Rentenbezug erwarten. Das ist ein enormer Gewinn an Lebensperspektiven und ermöglicht einer solidarischen Gesellschaft durch die Erfahrung und das aktive Engagement Älterer mehr sozialen Zusammenhalt. Zugleich müssen die Systeme der sozialen Sicherung höhere Ausgaben bewältigen.

Deswegen müssen wir das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft nachhaltig steigern. Denn nur so wird es zu den Einkommenssteigerungen kommen, die wir brauchen, um die soziale Sicherung in Zukunft zu finanzieren. Zentraler Schlüssel für die Steigerung des Wachstumspotenzials ist dabei die Produktivität. Seit den frühen 70er Jahren haben sich nicht nur die durchschnittlichen Wachstumsraten, sondern auch die Steigerungen der Produktivität nominal schwächer entwickelt. Diesen Trend wollen wir wieder umkehren.

Wichtigste Ansatzpunkte für eine nachhaltige Steigerung des Wachstumspotenzials sind höhere Investitionen in Betreuung und Bildung, die Förderung von Forschung und Entwicklung, deren Umsetzung in Innovationen zur Entwicklung neuer Märkte, eine deutliche Steigerung der Erwerbsquote von Einwanderern, von Arbeitnehmern über 50 Jahren und von Frauen, eine faire Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

am Wirtschaftserfolg, der Umbau der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme im Sinne der Bürgerversicherung, eine nachhaltig solide Haushaltspolitik und eine Steuer- und Abgabenquote, die sich dauerhaft im europäischen Belastungsmittelfeld bewegt.

Mehr Potenzial durch besser ausgebildete Menschen

Eine der größten Wachstumsbremsen der Zukunft wird der Fachkräftemangel sein. In den Wachstumsregionen Deutschlands werden schon heute qualifizierte Kräfte gesucht. Immer öfter können Arbeitsplätze für Hochqualifizierte nicht oder erst nach einiger Zeit besetzt werden, während geringer Qualifizierte Mühe haben, sichere Arbeitsplätze zu finden.

In den neuen Bundesländern haben wir eine besondere demographische Herausforderung zu bestehen. Die Generation der nach 1990 geborenen ist nur noch halb so groß wie die Generation davor. Die erhebliche Abwanderung bis in die 2000er Jahre hinein hat diese Tatsache noch verschärft. Dies führt insbesondere in den wirtschaftlich gut wachsenden Regionen und Ballungsräumen, aber auch im ländlichen Raum zu neuen Aufgaben. Um die weitere gute Entwicklung in den neuen Bundesländern nicht zu gefährden, sind dafür z.B. Instrumente des Stadtumbaus und gezielte Programme zur Fachkräftesicherung notwendig.

Wir wollen höhere öffentliche Ausgaben für Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Von den Gesamtaufwendungen der öffentlichen Haushalte muss diesen Investitionen ein größerer Anteil zukommen Wir wollen vor allem die Qualität der Bildung verbessern. Es muss gelingen, die Zahl derjenigen deutlich zu senken, die ohne Abschluss die Schulen verlassen, die vorzeitig ihr Studium abbrechen oder ihre Ausbildung nicht bewältigen. Unser Ziel ist, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss bleibt. Mehr Jugendliche sollen ein Studium beginnen und erfolgreich beenden. Wir brauchen dabei mehr Ingenieure und Naturwissenschaftler.

Eine deutlich bessere Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass vor allem Frauen, aber auch Männer, nicht nur Beruf und Familie, sondern auch eine anspruchsvolle Karriere mit der Familie besser als heute vereinbaren können. Zum einen gilt es, das Potenzial der vielen hervorragend qualifizierten Frauen zu nutzen. Zum anderen wünschen sich junge Paare ein Leben mit Kindern. Nur eine Gesellschaft, in der sich mehr Menschen ihren Kinderwunsch erfüllen können, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Unternehmen lehrt der Fachkräftemangel, dass in Zukunft auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor sind. Dazu kann auch die betrieblich organisierte Kinderbetreuung gehören. Ebenso werden eine bessere Ausbildung für alle jungen Menschen und sehr viel mehr Zeit- und Ressourceneinsatz für eine gute Weiterbildung an Bedeutung für den Unternehmenserfolg und mehr Wirtschaftswachstum gewinnen.

In Zukunft wird es einen noch intensiveren globalen Wettbewerb um kluge Köpfe geben. Diejenigen Länder, die für solche Menschen attraktiv sind, werden sich glücklich schätzen können. Zur Attraktivität eines Landes gehören auch hohe Qualität von Bildung und Kultur. Eine tolerante Gesellschaft, die Wissen und Kreativität unabhängig von der Herkunft der Menschen schätzt, wird zu einer wesentlichen Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wachstum werden.

.../4

Wettbewerbsfähigkeit, höhere Löhne und gute Arbeit

Sozialdemokratische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt und Finanzpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland heute wesentlich wettbewerbsfähiger ist als vor 1998. Sichtbar wird dies in verschiedenen internationalen Standortvergleichen. Debatten über die „rote Laterne“ oder die „deutsche Krankheit“ gehören der Vergangenheit an. Heute orientieren sich andere europäische Länder wieder am deutschen Reformmodell und setzen Hoffnungen auf den Wachstumsbeitrag Deutschlands im europäischen Wirtschaftsraum.

Wesentlichen Anteil an der besseren Situation haben engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Durch ihre hervorragende Leistung, unterstützt durch maßvolle Lohnabschlüsse, haben sich die Lohnstückkosten, also das Verhältnis von Lohnkosten zur Produktivität, im internationalen Vergleich deutlich verbessert. Dadurch sind viele Arbeitsplätze sicherer geworden. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für den außergewöhnlichen Exporterfolg der deutschen Wirtschaft und half, die Euro-Aufwertung gut zu verkraften.

Kehrseite der Lohnzurückhaltung ist die geringe Steigerung der Lohneinkommen, die den privaten Konsum deutlich gebremst und damit Wachstumspotenzial verschenkt hat. Seit Beginn dieser Dekade gibt es eine historisch schwache Entwicklung der Lohneinkommen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Entwicklung der Lohneinkommen über einen so langen Zeitraum so schwach.

Aufgrund des geringen Wachstums hat sich trotz der niedrigen Inflation die Realeinkommenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit der Wiedervereinigung verschlechtert. Das Niveau liegt heute um 1,3% unter demjenigen des Jahres 1991. Zum Vergleich: Die preisbereinigten verfügbaren Einkommen liegen heute insgesamt um mehr als 17% über denen des Jahres 1991.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird nur gelingen, wenn neben dem Exportsektor auch die Binnenwirtschaft an Kraft gewinnt. Dafür ist eine produktivitätsorientierte Entlohnung ebenso notwendig wie flächendeckende Mindestlöhne und eine angemessene Beteiligung der Belegschaften am Unternehmenskapital. Ohne eine faire, produktivitätsgerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wirtschaftserfolg ihrer gewinnstarken Unternehmen wird die Kaufkraft fehlen, die für eine nachhaltige Anhebung des Wachstumspotenzials notwendig ist. Deshalb haben wir das Konzept eines Deutschlandfonds entwickelt.

Ökologische Industriepolitik – Wachstum mit den Leitmärkten der Zukunft

Staat und Markt müssen zusammenwirken, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen. Die Entwicklung von Märkten vollzieht sich oft unerwartet. Innovationen folgen keinem politischen Plan. Andererseits ist Politik auch nicht unwissend. Wir kennen grundlegende Trends, an denen gezielte Innovationspolitik ansetzen kann. Der gezielte Einsatz der öffentlichen Nachfrage spielt eine entscheidende Rolle für den Erfolg oder Misserfolg von Innovationen. Wir wissen, dass die Globalisierung zu einem immer höheren Verbrauch an Energie und Rohstoffen führt. Die Verknappung fossiler Energieträger führt zu dauerhaft

steigenden Energie- und Rohstoffpreisen. Klima und Umwelt werden immer stärker belastet. Wir wissen auch, dass der Fachkräftemangel kommt und dass Kreativität, Ideen und deren erfolgreiche Umsetzung immer wichtiger werden.

Nur eine Marktwirtschaft, die sich technologisch auf die Zukunft einstellt, wird erfolgreich wachsen können. Wer bei dem wichtigsten Leitmarkt der Zukunft, dem Leitmarkt für Umwelttechnologien, also bei den erneuerbaren Energien, der Wassertechnik, der Ressourceneffizienz und dem Recycling, im globalen Wettbewerb die Nase vorne hat, wird die besten Chancen auf mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung haben. Deswegen verfolgen wir eine ökologische Industriepolitik, die Umweltinnovationen für mehr qualitatives Wachstum fördert.

Nachhaltiges Wachstum erfordert zunehmend, knappe Ressourcen effizient einzusetzen. Energie muss für die Unternehmen, vor allem aber für die Menschen bezahlbar bleiben. Immer weiter steigende Preise für Benzin und Heizöl sind sozial nicht vertretbar. Wir zielen auf Innovationen, die auf Dauer auch Preis dämpfend wirken. Schärfere Grenzwerte, Beimischungsverpflichtungen beim Kraftstoff oder ein konsequent verfolgter „Top-Runner"-Ansatz (der Energieverbrauch der besten Geräte heute wird zum Mindeststandard in einigen Jahren erklärt), können Innovationsdruck auf die Industrie auslösen und Nachfrage steuern, um umweltschonender und kostenbewusster zu produzieren, zu wohnen und mobil zu bleiben.

Kapital für langfristige Innovationsstrategien

In unserem Hamburger Grundsatzprogramm haben wir beschlossen: „Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen, auch mit Hilfe des Steuer- und Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir brauchen Spielregeln für Investoren und Fonds, die eine einseitige Renditeorientierung zu Lasten des langfristigen Substanzerhalts von Unternehmen verhindern. Mit der zunehmenden internationalen Vernetzung der Güter- und Finanzmärkte wird ihre internationale Regulierung immer bedeutsamer. Nur transparente Finanzmärkte sind effiziente Finanzmärkte. Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut. Um Rechtssicherheit und Vertrauen zu verbessern, wollen wir mit anderen Staaten und internationalen Institutionen gemeinsam handeln. Durch klare Regeln und wirksame Aufsicht gilt es Stabilitätsrisiken und volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Wo möglich, wollen wir dies durch das nationale Steuer- und Aktienrecht unterstützen."

In diesem Sinne wird sozialdemokratische Finanzpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tätig sein.

Damit sich die deutsche Wirtschaft erfolgreich entwickelt, brauchen wir leistungsfähige Kapital- und Finanzmärkte. Finanzmärkte sind eine unverzichtbare Versorgungsader unseres Wirtschaftssystems. Ihre Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung wächst

beständig. Gleichzeitig nimmt die Komplexität des weltweit vernetzten Finanzsystems zu. Unübersichtliche internationale Anlage- und Finanzierungsmodelle, die oft zudem auf höchst riskante Renditeerwartungen ausgelegt sind, machen die Kapitalmärkte nicht nur für einzelne Bürgerinnen und Bürger fast undurchschaubar, sondern erschweren auch das Finanzmanagement mittelständischer Unternehmen und damit die Investition in ihr Eigenkapital. Darunter leidet die Akzeptanz der gesamten Branche.

Tatsache ist, dass Finanzdienstleistungen selbst eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen bieten – in Deutschland liegt die Branche bei der Bruttowertschöpfung mittlerweile vor der Automobilindustrie – und Innovation und Wachstum anderer Branchen ermöglichen. Für die deutsche Wirtschaft ist es wichtig, dass Finanzierungsentscheidungen nicht nur in Hongkong, London oder New York, sondern auch am Finanzplatz Deutschland getroffen werden. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist ohne eine stetige und sichere Kapitalversorgung nicht denkbar.

Wir wollen mehr Transparenz und eine verbesserte Stabilität der internationalen Finanzmärkte und damit mehr Schutz für Anleger und Beschäftigte. Hierzu zählt auch die Stärkung der Verlässlichkeit von Finanzprodukten, um zur Anlage des eigenen Vermögens zu ermutigen. Insgesamt müssen nationale und internationale Lösungen Hand in Hand gehen. Die besondere Rolle von kleinen Banken und Sparkassen für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir erhalten und stärken.

Den Staat nachhaltig handlungsfähig machen

Wir wissen, dass die hohen Staatsschulden nicht nur vielen Menschen Angst machen, sondern das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft deutlich begrenzen. Seit der Wiedervereinigung hat sich die Schuldenquote (öffentliche Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) von rund 45 % auf 68 % erhöht. Der Schuldenstand beträgt inzwischen über 1.500 Mrd. €, das sind rund 18.000 € je Einwohner. Schon heute muss alleine der Bund jedes Jahr für die Altschulden über 40 Mrd. € Zinsen an die Banken bezahlen. Dadurch sind jedes Jahr rund 15 % des Haushaltes für den Schuldendienst gebunden. Jeder sechste Euro, den der Bund ausgeben kann, geht an die Banken. Wenn dieses Geld frei wäre, könnten wir es effektiv zur Erhöhung des Wachstumspotenzials einsetzen, indem wir es in Bildung, Betreuung oder Forschung investieren.

Unser Ziel ist eine bessere Qualität der öffentlichen Finanzen. Die Herausforderung besteht darin, mehr zu investieren, ohne dabei die Konsolidierung der Haushalte zu gefährden. Es kommt darauf an, die Spielräume für eine antizyklische Finanzpolitik zu erhalten. Sie ist eine zwingende Vorraussetzung, um langfristig die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik unserer Volkswirtschaft zu erhalten. Diese Vorgehensweise schließt die Bildung und Durchsetzung politischer Schwerpunkte ein. Nachhaltigkeit schließt die dauerhafte Finanzierung über immer mehr Schulden, die den Handlungs-spielraum des Staates immer weiter einengen, ebenso aus wie über deutlich höhere Steuern und Abgaben, die den privaten Konsum und die privaten Investitionen im internationalen Wettbewerb dämpfen und dadurch die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik schwächen. Deswegen muss eine nachhaltige Finanzierung von mehr Investitionen in erster Linie über ein höheres Wirtschaftswachstum und über Sparen bei den konsumtiven Ausgaben und Subventionen stattfinden.

Nach den Reformen der letzten Jahre liegt die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland inzwischen knapp unter dem Durchschnitt der EU im Belastungsmittelfeld. Wir haben keine zu hohe Staatsquote. Vielmehr gilt es, die Wirksamkeit und Qualität staatlichen Handelns zu verbessern. Nur mit einem handlungsfähigen, ordnungspolitisch steuernden und gezielt in soziale Infrastruktur investierenden Staat wird es gelingen, Wachstumsreserven zu erschließen und das Wachstumspotenzial dauerhaft zu steigern.

Das skandinavische Beispiel zeigt, dass der Sozialstaat als wichtige Wachstumsstütze wirken kann, wenn er klug finanziert ist und vor allem in die soziale Infrastruktur investiert. Der vorsorgende Sozialstaat setzt vor allem auf mehr gute Bildung für alle. Hohe Sozialabgaben spiegeln wider, dass die Solidargemeinschaft der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kleiner wird und die Finanzierung zentraler sozialstaatlicher Leistungen auf immer weniger Schultern lastet. Nach einem starken Anstieg der Beitragssätze für die Sozialversicherungen auf den Spitzenwert von über 42% in 1998 ist es uns seither gelungen, die Sozialabgaben wieder auf unter 40% zu senken. Das entlastet die Arbeitnehmer und wirkt Beschäftigung fördernd.

Um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen, brauchen wir den weiteren Umbau: Mit unserem Modell der Bürgerversicherung wollen wir erreichen, dass alle Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Dazu gehört eine stärkere Steuerfinanzierung des Sozialstaates, um die demographischen Herausforderungen zu meistern, die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt in Zukunft zu gewährleisten und die Abgaben weiter zu senken, vorrangig bei Niedrigverdienern.